


Mehr Schutz vor Hochwasser gefordert

16. Januar 2018 um 00:00 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten

Rhein-Hochwasser in der Region: Pegel erreichen ihren Höhepunkt



 [Rhein-Hochwasser in der Region: Pegel erreichen ihren Höhepunkt](#)

Xanten. Nach dem Hochwasser ist vor dem Hochwasser. Die hohen Pegelstände des Rheins in den vergangenen Wochen hat die Bürgerinitiativen erneut auf den Plan gerufen.

Von Heinz Kühnen

"Am Niederrhein wird bei weitem nicht genug für den Hochwasserschutz getan", warnt Hans-Peter Feldmann, Sprecher der Hochwasserschutz-Initiative Niederrhein auch in Bezug auf die Jahreshauptversammlung der Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten NRW am Donnerstagabend um 19.30 Uhr in Ginderich.

Vor allem die Bergsenkungen sind es, die Feldmann und seinen Mitstreitern Sorge bereiten. Allein durch den Salzbergbau werde sich das Gelände entlang des Rheins um bis zu fünf Meter absenken. Dadurch, so Feldmann, entstehe eine äußerst gefährliche Mulde, aus der das Wasser bei einer Überschwemmung nicht mehr ablaufen könne.

Schäden von "über 100 Millionen Euro" wären die Folge, vermutet Feldmann. Dabei gebe es nicht einmal gesetzliche Regelungen für die Versicherungszahlungen in solchen Fällen: "Die Elementarschutzversicherung zieht jedenfalls in gefährdeten Gebieten nicht."

Dagegen sei der Aufwand für Schutzmaßnahmen ein Klacks. Nur müsse es angesichts des Klimawandels und der zunehmenden Gefahr von Überschwemmungen schnell gehen.

Allein im Regierungsbezirk Düsseldorf müssten noch mehr als 100 Kilometer Deich saniert werden. 30 bis 40 Millionen Euro, die pro Jahr in den Haushalten dafür bereitgestellt werden, seien angesichts von sechs Millionen Euro, die ein Kilometer Deichsaniierung verschlingt, viel zu wenig. Für die Entwässerung des Hinterlandes müssten viele zusätzliche Pumpen her, die zudem hochwassersicher verbaut werden müssten. Feldmann: "Ja, da muss viel Geld in die Hand genommen werden. Die Franzosen machen dafür sogar Schulden. Nur bei uns tut sich nichts." Letztendlich müsse sich auch der Salzbergbau zu seiner Verantwortung bekennen.

Wie beim Kohlebergbau müsse eine Schiedsstelle eingerichtet werden, in der neutrale Gutachter über die Ursache von Schäden befinden. Der Salzbergbau ziehe da jedoch noch nicht mit. Ein Thema, das die Politik seit langem beschäftigt. Dass es am 12. April einen Runden Tisch zum Thema mit dem Bergbau, dem Kreis und Betroffenen geben soll, sei aber schon ein Fortschritt.

Versammlung der BI der Salzbergbaugeschädigten NRW am Donnerstag, 18. Januar, 19.30 Uhr, katholisches Pfarrheim in Wesel-Ginderich

(RP)